

Jahresmedienkonferenz des SGB vom 5. Januar 2011

**Gute Löhne und Renten für alle;
Mehr Geld zum Leben;
Lebensrisiken gemeinsam tragen**

Inhalt

Gute Löhne und Renten für alle von Paul Rechsteiner, SGB-Präsident	5
Mehr Geld zum Leben für die tiefen und mittleren Einkommen von Daniel Lampart, SGB-Chefökonom und Leiter SGB-Zentralsekretariat	7
Lebensrisiken gemeinschaftlich tragen von Doris Bianchi, geschäftsführende Sekretärin SGB	16

Gute Löhne und Renten für alle; Schluss mit der zunehmenden Einkommens- und Vermögensungleichheit

von Paul Rechsteiner, SGB-Präsident

Blicken wir auf das zu Ende gegangene Jahr zurück, dann ist es in der Schweiz gelungen, die schlimmsten Folgen der durch den Beinahe-Kollaps des Finanzsystems ausgelösten Wirtschaftskrise abzuwenden. Eine positive Rolle spielten dabei die Konjunkturpolitik und insbesondere die von den Gewerkschaften ins Spiel gebrachten Massnahmen für den Ausbau der Kurzarbeit und die Stärkung der Kaufkraft durch die vorzeitige Rückerstattung der CO₂-Abgabe. Positiv ist auch zu werten, dass es den Gewerkschaften gemeinsam mit den ihnen nahestehenden Parteien im letzten Jahr gelungen ist, drei der vier von den bürgerlichen Parteien aufgegleisten Sozialabbauvorlagen zu stoppen (Rentenklaus bei den Pensionskassen, Rentensenkung und Rentenaltererhöhung durch die 11. AHV-Revision, Abbau bei der Unfallversicherung; dazu kommt noch die dank der gewerkschaftlichen Referendumsdrohung gestoppte Totalliberalisierung bei der Post). Auf der Plus-Seite steht schliesslich eine grössere Zahl der Ende des letzten Jahres ausgehandelten Lohnabschlüsse, indem endlich wieder für viele spürbare Realloohnerhöhungen ausgehandelt werden konnten (negative Gegenbeispiele bleiben allerdings der Bau und die öffentliche Hand).

Trotzdem sind die Arbeitslosenzahlen (und noch mehr jene der Stellensuchenden) nach der Krise heute viel zu hoch. Aufgrund der Aussteuerungswelle als Folge der revidierten Arbeitslosenversicherung, die von den Gewerkschaften leider erfolglos bekämpft worden ist, wird sich die Situation gerade für Langzeitarbeitslose im kommenden Frühjahr noch einmal massiv verschärfen. Wir erwarten von den verantwortlichen Behörden, dass sie die von ihnen bisher beschönigte Ausgangslage in den nächsten Monaten noch einmal überprüfen.

Höchst kritisch bleibt mit Blick auf die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung die anhaltende massive Überbewertung des Schweizer Frankens. Wir verlangen den Einsatz des Instrumentariums gegen die Spekulation mit dem Franken, die der Realwirtschaft schwer schadet. Es ist unverständlich, weshalb zugelassen wird, dass beispielsweise die UBS mit dem billigen Geld der Nationalbank gegen den Euro und zum Schaden des Frankens spekuliert und entsprechende Anlageempfehlungen abgibt.

Die schwerwiegendste Fehlentwicklung der letzten 10, 20 Jahre ist aber die zunehmende Ungleichheit bei der Einkommens- und Vermögensentwicklung. Sie wird getrieben von einer Explosion der hohen und höchsten Einkommen und Vermögen, zusammen mit Privilegien im Steuerbereich, die Normalsterblichen nicht offen stehen. Dem Normalverdienenden verbleibt nach den ständigen Prämienerrhöhungen der Krankenkassen und der Mieten nicht mehr Geld zum Leben als vor zehn Jahren. Diese Fehlentwicklung im Interesse der Mehrheit der Leute mit unteren und mittleren Einkommen umzudrehen muss ein vorrangiges Ziel der Politik der kommenden Jahre sein.

Als Offensivprojekt im Lohnbereich wird der Schweizerische Gewerkschaftsbund deshalb Ende Januar 2011 die Unterschriftensammlung für die Mindestlohn-Initiative starten. Ziel der Initiative ist es, alle tiefen und mittleren Löhne gegen Lohndruck und Lohndumping zu schützen. Erstens durch einen Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde und zweitens durch eine Stärkung der Gesamtarbeitsverträge, was allen Beschäftigten, und nicht nur jenen in den Tieflohnbereichen, zu

Gute kommt. Gleichzeitig ist sie ein guter Einstieg in die Lohnkampagne für das laufende Jahr. – Begleitend braucht es Entlastungen bei den Krankenkassenprämien, vor allem durch höhere Prämienverbilligungen, und eine neue Offensive im gemeinnützigen Wohnungsbau für bezahlbare Wohnungen.

In der Altersvorsorge wird der SGB die sogenannte technische AHV-Revision mittragen, sofern damit keine Eingriffe bei den Renten und beim Rentenalter verbunden sind. Darüber hinaus geht es im laufenden Jahr darum, die Grundlagen dafür zu erarbeiten, dass nach den nächsten Wahlen statt des Themas Rentenalter endlich wieder die Höhe der Renten der unteren und mittleren Einkommen im Vordergrund steht. Dafür soll die vom SGB-Kongress im November 2010 lancierte Projektidee „AHVplus“ konkretisiert werden. – Sollten die letztes Jahr gescheiterten Sozialabbauprojekte, zum Beispiel in der Unfallversicherung oder der AHV, wieder aufgenommen werden, so würden sie von den Gewerkschaften selbstverständlich mit den zur Verfügung stehenden Mitteln, bis hin zum Referendum, bekämpft.

Überdies wird der Schweizerische Gewerkschaftsbund gegen sämtliche steuerpolitischen Projekte antreten, welche die Einkommens- und Vermögensungleichheit noch verschärfen statt bekämpfen. Unterstützen werden die Gewerkschaften dagegen die in Ausarbeitung befindliche Initiative für eine Erbschaftssteuer, dies auch mit der Teilzweckbindung zugunsten der AHV. Angesichts der gigantischen Erbschaften, die in den nächsten Jahrzehnten anfallen werden, ist eine solche Initiative überfällig.

Unter den vielen weiteren Themen, die den SGB im neuen Jahr beschäftigen, seien der fortwährende Skandal der diskriminierenden Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern, gegen den sich ein Aktionstag am 14. Juni richten wird, die anstehenden Weichenstellungen im Service public, zum Beispiel bei der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs, und die verschiedenen arbeitsrechtlichen Reformprojekte herausgegriffen. Zum ersten Mal seit vielen Jahren hat der Bundesrat anerkannt, dass es beim Kündigungsschutz einen Reformbedarf gibt. Es ist zu hoffen, dass die Vorlage nach der laufenden Vernehmlassung dann auch so aussehen wird, dass ein wirksamer Schutz gewährleistet wird. Mit der heutigen Regelung verletzt die Schweiz die internationalen Kernarbeitsnormen zum Schutz der Gewerkschaftsfreiheit.

Schliesslich hat sich der SGB auch personell erneuert. Mit der neuen Sekretariatsleitung, bestehend aus Daniel Lampart als Leiter des Sekretariats (bisher Stellvertreter) und Doris Bianchi als stellvertretender Leiterin, sowie dem neuen Doppel-Vizepräsidium, bestehend aus Vania Alleva (Unia) und Giorgio Tuti (SEV), geht der SGB gut aufgestellt in die neue Kongressperiode. Das ist eine Voraussetzung dafür, dass die Gewerkschaftsbewegung die gewaltigen Herausforderungen, mit denen sie heute konfrontiert ist, bewältigen kann.

Mehr Geld zum Leben für die tiefen und mittleren Einkommen

von Daniel Lampart, SGB-Chefökonom und Leiter SGB-Zentralsekretariat

Einkommensschere öffnet sich

Seit einiger Zeit haben grosse Teile der Schweizer Bevölkerung das Gefühl, dass das Land zwar immer mehr Geld macht, sie aber nichts von diesem Geld zu sehen bekommen. Dieses Gefühl entspricht der Wirklichkeit wie neue Berechnungen des SGB zeigen. Die oberen Einkommen haben in den letzten Jahren ihren Anteil am gesamten Kuchen erhöht, während die mittleren und die tiefen Einkommen anteilmässig verloren haben.

Entwicklung der Einkommensverteilung 2004 bis 2008

(Verhältnis der Einkommensanteile der Einkommensklassen)

	Bruttoeinkommen		Verfügbares Einkommen		Kurzfristig verfügbares Einkommen	
	2004	2008	2004	2008	2004	2008
Oberste 25% zu untersten 25%	3.1	3.5	3.1	3.7	4.2	5.3
Oberste 25% zu mittleren 50%	0.88	0.98	0.86	0.94	0.93	1.03

Lesebeispiel: Das gesamte verfügbare Einkommen der einkommensstärksten 25 Prozent ist 3.7mal grösser als dasjenige der einkommensschwächsten 25 Prozent zusammen.

Quelle: BFS¹

Die bedeutendsten Ursachen für diese Zunahme der Ungleichheit sind die Lohnschere bzw. der Druck auf die tiefen und mittleren Löhne (Bruttoeinkommen), Steuersenkungen für Reiche zusammen mit höheren Krankenkassenprämien (verfügbares Einkommen) sowie stark steigende Wohnkosten (kurzfristig verfügbares Einkommen).

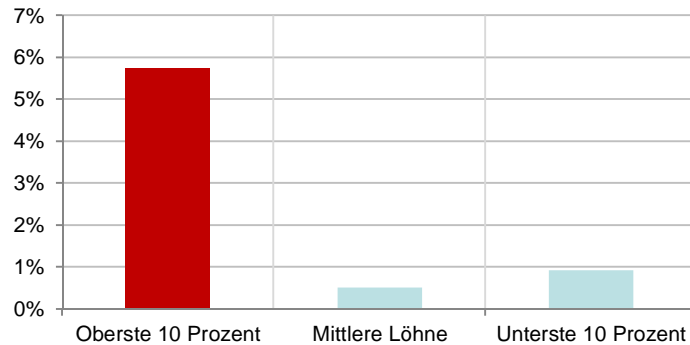
Druck auf tiefe und mittlere Löhne

Die Profiteure der Lohnentwicklung der letzten Jahre waren die hohen Einkommen und die Kader. Ihre Reallöhne sind deutlich gestiegen, während die mittleren und tiefen Saläre nach Abzug der Teuerung nahezu stagniert haben. Die Zahl der „Arbeitnehmenden“, die eine Million und mehr verdienen, hat zwischen 1996 und 2008 von rund 500 auf 2800 zugenommen. Bei den Abzockern handelt es sich nicht mehr um Einzelpersonen, sondern um ein strukturelles Problem. Die Normalverdienenden verspüren hingegen steigenden Lohndruck. Sie produzieren mehr, verdienen aber dennoch nicht mehr Geld.

¹ Daten 2008: <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/20/02/blank/dos/01/02.html>. Daten 2004: BFS (2009): Finanzielle Situation der privaten Haushalte, Zusammensetzung und Verteilung der Einkommen, Neuchâtel.

Reallohnanstieg nach Lohnklasse

(Veränderung 2002 bis 2008 in Prozent)



Quelle: BFS Lohnstrukturerhebung, Berechnungen SGB

Was sind die Ursachen dieses Lohndrucks?

- Höhere Arbeitslosigkeit. Obwohl die Wirtschaft in den Jahren vor der Finanzkrise stark gewachsen ist, sank die Arbeitslosigkeit nicht auf das Niveau früherer Aufschwungjahre. Das u.a. wegen Rationalisierungen in den Betrieben. Das macht Lohnerhöhungen schwieriger. Eine um 1 Prozentpunkt höhere Erwerbslosenquote bedeutet ein um rund 0.5 Prozent tieferes Lohnwachstum.
- Lohndiskriminierung der Frauen: Bei gleicher Arbeit verdienen die Frauen rund 10 Prozent weniger als die Männer. In den letzten 20 Jahren ist der Anteil der Frauen an der Gesamtbeschäftigung von rund 41 auf 45 Prozent gestiegen. Die Firmen haben auf Kosten der Frauen mehr Gewinn gemacht.
- Auslagerung in Tieflohnfirmen: Ein klassisches Beispiel ist die Reinigung (s. Grafik im Anhang). Bis in den 1990er Jahre hatten beispielsweise die Banken das Reinigungspersonal selber angestellt. Heute putzen externe Reinigungsfirmen die Banken. Würden die ReinigunglerInnen wieder in den Banken – zum Banken-Minimallohn – beschäftigt, hätten sie fast 25 Prozent mehr Lohn.
- Sparprogramme der öffentlichen Hand: Bund, Kantone und Gemeinden haben in den letzten Jahren viel zu pessimistisch budgetiert. Seit 2005 haben sie 40 Mrd. Fr. mehr eingenommen als budgetiert. Wegen diesem künstlichen Spardruck hinken die öffentlichen Löhne den Löhnen in der Privatwirtschaft hinterher.
- Billigere Temporärarbeit: Temporärbüros können wegen der Personenfreizügigkeit neu Grenzgänger und Kurzaufenthalter an Schweizer Firmen verleihen. Viele Temporärbüros halten sich nicht an die Schweizer Löhne, wie Lohnkontrollen zeigen. Der Anteil der Temporären an der Gesamtbeschäftigung hat sich innerhalb von 10 Jahren fast verdoppelt und beträgt heute mehr als 2 Prozent – in einzelnen Branchen (z.B. Bau) beträgt er fast ein Viertel.
- Bonus-Zahlungen/individualisierte Lohnpolitik: Von den Boni profitieren vor allem die hohen Einkommen. Es ist daher kein Wunder, dass die Lohnschere genau in den Branchen mit dem höchsten Bonus-Anteil (Banken, Versicherungen) aufgegangen ist (s. Grafik im Anhang).

Finanz- und Steuerpolitik verschärft Ungleichverteilung der verfügbaren Einkommen

Nicht nur bei den Löhnen, sondern auch in der Steuerpolitik sind die hohen Einkommen bevorzugt worden. Dazu kommen tiefere Vermögens- und Erbschaftssteuern sowie Steuersenkungen für Unternehmen. Diese zahlen rund 7 Mrd. Fr. weniger Steuern als vor 10 Jahren.

Steuersenkungen für hohe Einkommen, Vermögen und Unternehmensgewinne (2008 gegenüber Ende der 1990er Jahre)

Steuer	Entlastung (Mrd. Fr./Jahr)
Vermögenssteuern	1 ²
Erbschaftssteuern	1 ³
Gewinnsteuern	1.5 ⁴
Einkommenssteuersätze oberste 25 Prozent	2 ⁵
Unternehmenssteuerreform II (ab 2010)	1 bis 1.5 ⁶

Quelle: ESTV, EFV, SGB

Um die steigenden Staatsausgaben zu finanzieren wurden die Gebühren und die indirekten Steuern erhöht (MwSt., Tabaksteuer u.a.). Durch diese Verlagerung müssen die tiefen und mittleren Einkommen einen grösseren Teil der öffentlichen Leistungen finanzieren, während die Reichen entlastet werden. Die Mehrbelastung durch Gebühren und indirekte Steuern seit Anfang der 1990er Jahre beträgt ca. 17 Mrd. Fr. pro Jahr.

Die NormalverdienerInnen leiden besonders unter den steigenden Krankenkassenprämien. Eine vierköpfige Familie in Zürich mit einem Einkommen von 80'000 Fr. gibt 14 Prozent des verfügbaren Einkommens für Krankenkassenprämien aus, ohne einen Franken Prämienverbilligung zu erhalten.⁷

Stark steigende Wohnkosten

In den letzten Jahren ist die Bevölkerung in der Schweiz erstmals stärker gewachsen als der Wohnungsbestand (s. Grafik im Anhang). Für NormalverdienerInnen – insbesondere für Familien – ist die Wohnungssuche viel schwieriger geworden, zumal ein steigender Anteil der neuen Wohnungen Eigentumswohnungen sind. Die Wohnkosten sind gestiegen. Im Durchschnitt zahlen diese Haushalte 2 bis 3 Prozent ihres Einkommens mehr für die Mieten. Für Haushalte, die auf dem freien Markt eine Wohnung suchen müssen, ist die Mehrbelastung noch höher. Wer profi-

² Vermögenssteuereinnahmen bei Steuersatz aus 1997 (Einnahmen aus der Vermögenssteuer dividiert durch Summe der Vermögen gemäss Eidg. Steuerverwaltung) minus effektive Einnahmen aus der Vermögenssteuer 2008.

³ Erbschaftsteuereinnahmen bei Steuersatz aus 1997 minus effektive Einnahmen aus der Erbschaftsteuer 2008. Erbschaftsteuersatz 1997 = Einnahmen aus der Erbschaftsteuer dividiert durch Gesamtvermögen 1997.

⁴ Steuerbelastung der Unternehmen in den Kantonshauptorten gemäss Eidg. Steuerverwaltung 2009 vs. 2000. Durchschnittliche, nach kt. Volkseinkommen gewichtete Tarifsenkung multipliziert mit den Einnahmen des Staates aus Gewinn- und Kapitalsteuern.

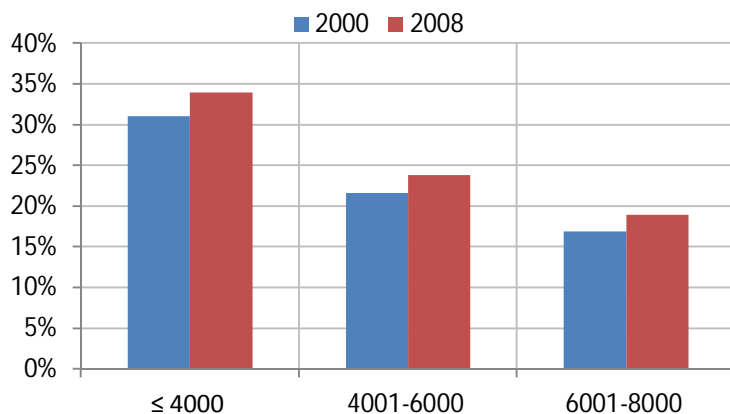
⁵ Oberste 25 Prozent haben 43 Prozent des Bruttoeinkommens (gemäss HABE 2008). Senkung der Steuerbelastung für Einkommen über 200'000 Fr. seit 1998 um rund 1.7 Prozentpunkte (gemäss Eidg. Steuerverwaltung).

⁶ Profiteure sind vor allem Mehrheitsaktionäre, die weniger Einkommenssteuern zahlen. Zahlen gemäss Informationen bei der Referendumsabstimmung.

⁷ <http://www.bag.admin.ch/praemienverbilligung/index.html?lang=de>.

tiert, sind die Bodenbesitzer und Vermieter, die nota bene bereits durch zahlreiche Steuersenkungen begünstigt wurden.⁸

Durchschnittliche Mietbelastung nach Einkommensklassen



Quelle: BFS

5 prioritäre Massnahmen, damit den Normalverdienenden mehr Geld zum Leben bleibt

Diese Einkommensschere zugunsten der hohen Einkommen hat dazu geführt, dass beispielsweise eine vierköpfige Familie mit einem mittleren Einkommen nach Abzug der Steuern, Gebühren, Wohnkosten und Krankenkassenprämien im Jahr 2008 rund 1400 Franken weniger zum Leben hat als im Jahr 2000. Eine Familie mit einem hohen Einkommen hat hingegen über 19'000 Franken mehr zur Verfügung. Die finanzielle Situation der Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen ist in den letzten Jahren schwieriger geworden.

Einkommensentwicklung einer vierköpfigen Familie 2000 bis 2008

	Mittleres Einkommen	Hohes Einkommen
Reallohn	3000	19500
Krankenkassenprämien	-2700	-2700
Wohnen	-2100	-1800
Gebühren, indir. Steuern	-800	-1800
Steuern	1200	6100
Total	-1400	19300

Quelle: BFS, EFV, ESTV, Berechnungen SGB

⁸ Abschaffung von Handänderungssteuern, der Dumont-Praxis etc.

Die Begünstigung der Reichen und der hohen Einkommen muss aufhören. Es braucht Gegenmassnahmen:

- Alle Löhne müssen durch Mindestlöhne geschützt sein, über Gesamtarbeitsverträge und einen gesetzlichen Mindestlohn von 22 Fr./h, wie das die SGB-Mindestlohn-Initiative vorsieht. Beginn der Unterschriftensammlung ist Ende Januar 2011.
- Abkehr von der individualisierten Lohnpolitik. Generelle Lohnerhöhungen müssen im Vordergrund stehen. Anstelle von Boni sollen 13 Monatslöhne bezahlt werden. Damit wird Geld für generelle Lohnerhöhungen bei den Normalverdienenden sowie zur Beseitigung der Lohndiskriminierung der Frauen frei.
- Keine weiteren Steuergeschenke für Reiche und hohe Einkommen. Der SGB lehnt Steuer-senkungen fürs Bausparen, die Abschaffung der Emissionsabgabe bei Obligationen sowie die Revision der Wohneigentumsbesteuerung ab.
- Gerechtere Finanzierung der Krankenversicherung. Niemand soll mehr als 8 Prozent des Einkommens dafür aufwenden müssen. Prioritär sind höhere Prämienverbilligungen.
- Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Die Schweiz braucht mindestens 100'000 zusätzliche, bezahlbare Wohnungen.

Spekulation treibt Franken in die Höhe – Leidtragende sind einmal mehr die Beschäftigten

Wilde Spekulation treibt den Frankenkurs in letzter Zeit in die Höhe. Denn ein Franken/Euro-Kurs von 1.25 wäre nur dann ökonomisch angemessen, wenn Griechenland, Portugal, Irland und Spanien gar nichts mehr produzieren würden. Davon sind wir nach wie vor sehr, sehr weit entfernt. Die Spekulation ist eine riesige Gefahr für die Schweizer Realwirtschaft. Es stehen mehr als 100'000 Stellen auf dem Spiel.⁹ Ein schmutziges Spiel spielen die Schweizer Banken – namentlich auch die UBS, die weltweit die Nummer zwei im Devisenhandel ist.¹⁰ Die Banken erhalten billiges Geld von der Nationalbank und geben gleichzeitig Anlageempfehlungen ab, die den Franken weiter stärken. Und sie machen Eigenhandel auf Kosten der Realwirtschaft. Nun braucht es Gegenmassnahmen. Grundsätzlich gibt es zwei Einflussbereiche. a) wird die Frankenstärke direkt am Markt bekämpft. b) wird den betroffenen Firmen mit einem besonderen Wechselkurs geholfen (dual exchange rate)¹¹. In beiden Bereichen hat die Schweiz beispielsweise in den 1970er Jahren Massnahmen ergriffen.

- Die Nationalbank muss die Zinsen auf null senken. Die Kurzfristzinsen (SARON) sind immer noch positiv.
- Die Nationalbank muss weitere Interventionen (im Devisenmarkt oder in den Kapitalmärkten) ins Auge fassen – und zwar insbesondere unsterilisierte Interventionen. Das sind Interventionen, bei denen zusätzliche Liquidität, die aufgrund der Interventionen entsteht, nicht wieder abgeschöpft wird (wie heute über SNB-Bills oder Reverse Repos). Sie soll möglichst zusammen mit ausländischen Nationalbanken und allenfalls mit einem klaren Ziel wie 1978 intervenieren.

⁹ S. die ausführliche Dokumentation unter: <http://www.sgb.ch/newsletter-texte/18-dl-Frankendef.pdf>.

¹⁰ Euromoney FX Survey 2010, <http://www.euromoney.com/poll/3301/PollsAndAwards/Foreign-Exchange.html>.

¹¹ Das empfiehlt beispielsweise der MIT-Ökonom R. Caballero: <http://www.voxeu.org/index.php?q=node/5690>.

- Bund und Nationalbank müssen die Schweizer Banken in die Pflicht nehmen. In den 1970er Jahren haben sich die Banken in einem Gentlemen's Agreement verpflichtet, nicht auf den Franken zu spekulieren. Die Banken sollen zudem keine Anlageempfehlungen abgeben dürfen, die den Franken stärken.
- Bund und Nationalbank müssen Massnahmen ausarbeiten, mit denen Firmen der Realwirtschaft vor den katastrophalen Auswirkungen der Frankenstärke direkt geschützt werden können (Termingeschäfte, Vorzugswechselkurse u.a.).

Teuerungsgefahr gibt es in der Schweiz zurzeit keine. Im Gegenteil: Wegen dem starken Franken und der nach wie vor überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit prognostiziert der SGB für 2011 eine Teuerung von 0.1 Prozent. Ohne die MwSt.-Erhöhung um 0.4 Prozentpunkte würden die Preise sogar sinken.

Milliarden für die AHV durch gute Beschäftigungspolitik und Erbschaftssteuer

Wie viel die AHV in Zukunft einnimmt, hängt von der Lohnentwicklung und der Zahl der Erwerbstätigen ab. Hier gibt es noch viel Potenzial. Heute hat nur die Hälfte der Männer vor Erreichen des AHV-Alters noch eine Stelle. Das war 1991 noch ganz anders. Im Gegensatz zu damals sind heute auch viel mehr Menschen erwerbslos. Wäre die Erwerbslosigkeit in der Schweiz heute auf dem Niveau von 1991, so wären heute mehr als 100'000 Personen zusätzlich erwerbstätig. Wenn die Schweiz attraktive Arbeitsbedingungen und eine gute Betreuungsinfrastruktur hat, steigt auch die Frauenerwerbstätigkeit.

Die Schweiz muss mit einer klugen Politik bewirken, dass die Arbeitslosigkeit sinkt und dass wir gesund bis zum Rentenalter arbeiten können. Das wird sich auszahlen. Die AHV wird bis zu vier Milliarden zusätzlich einnehmen, während die IV und Arbeitslosenversicherung entlastet werden. Führt die Schweiz noch eine nationale Erbschaftssteuer ein, kann die AHV allfällige Mehrkosten der demografischen Alterung bezahlen, ohne dass die AHV-Beiträge erhöht werden müssen. Der SGB wird seine detaillierten AHV-Finanzszenarien in den kommenden Wochen veröffentlichen.

Gelöst werden muss das Problem der zu tiefen Altersrenten. Bereits heute ist das verfassungsmässige Ziel der „Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise“ bei zahlreichen Haushalten nicht mehr gewährleistet. 2009 waren 26.4 Prozent der Personen im Rentenalter armutsgefährdet.¹² Dieses Problem dürfte sich in Zukunft noch verschärfen. Damit die Schweizer Renten dem Verfassungsziel entsprechen, konkretisiert der SGB im laufenden Jahr das Projekt „AHVplus“.

Temporärjobs auf Kosten von Dauerstellen

Die Arbeitsmarktentwicklung in jüngster Zeit geht in die falsche Richtung. Im sekundären Sektor dürften beispielsweise Dauerstellen auf Kosten von Temporärjobs verschwinden. Im dritten Quartal ist die Gesamtbeschäftigung im Sektor um 4300 Vollzeitstellen gestiegen. Doch gleichzeitig dürften die Temporärstellen um rund 8000 gestiegen sein. Das bedeutet, dass gegen 4000 Dauerstellen verschwunden sind. Die Zunahme der Temporärarbeit ist nicht nur ein Problem, weil damit Lohndruck verbunden ist, sondern weil damit auch die prekäre Arbeit begünstigt wird. Internationale Untersuchungen zeigen, dass die Temporärarbeit für die Betroffenen kein Sprung-

¹² BFS (2010). Lebensbedingungen in der Schweiz 2009, Neuenburg, S. 13.

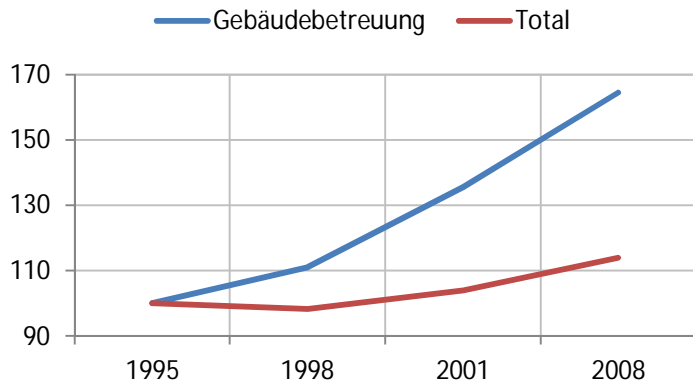
brett in Dauerstellen ist, sondern im Gegenteil sogar die Prekarisierung der Arbeit begünstigen kann.¹³ In der Temporärbranche braucht es deshalb dringend einen allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsvertrag mit Mindestlöhnen. Die Kantone müssen die Temporärfirmen genau kontrollieren und ihnen bei Verstössen die Betriebsbewilligung entziehen.

Die Beschäftigungsaussichten bleiben – u.a. wegen der Frankenstärke – trübe. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen sinkt vor allem deshalb, weil der Bundesrat die Leistungskürzungen der Revision bereits auf April 2011 in Kraft gesetzt hat. Obwohl die Arbeitslosigkeit in zahlreichen Regionen – insbesondere in der Romandie – nach wie vor überdurchschnittlich hoch ist, werden die Leistungen heruntergefahren. Das führt zu rund 15'000 Aussteuerungen, was einer Reduktion der Arbeitslosenquote um 0.4 Prozentpunkte entspricht. Dass der Bundesrat hier einfach zuschaut, ist für den SGB nicht akzeptabel.

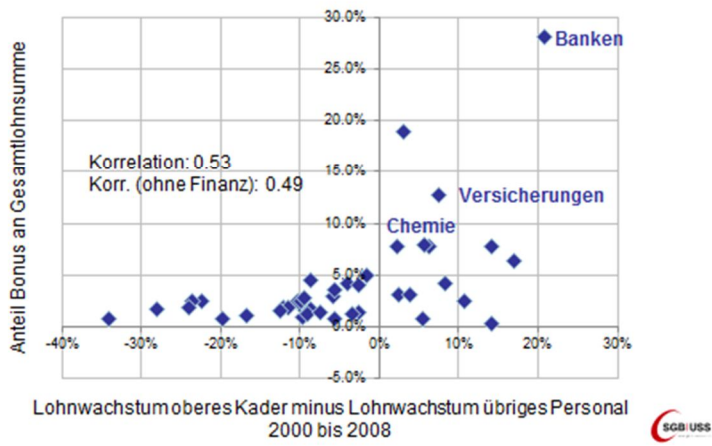
¹³ Autor, D. und S. Houseman (2005): Do Temporary Help Jobs Improve Labor Market Outcomes for Low-Skilled Workers? Evidence from 'Work First', NBER Working Paper, 11743. Kahn, L. (2010): Employment protection reforms, employment and the incidence of temporary jobs in Europe: 1996-2001, Labour Economics, 17(1). S. 1-15,

Anhang: Grafiken

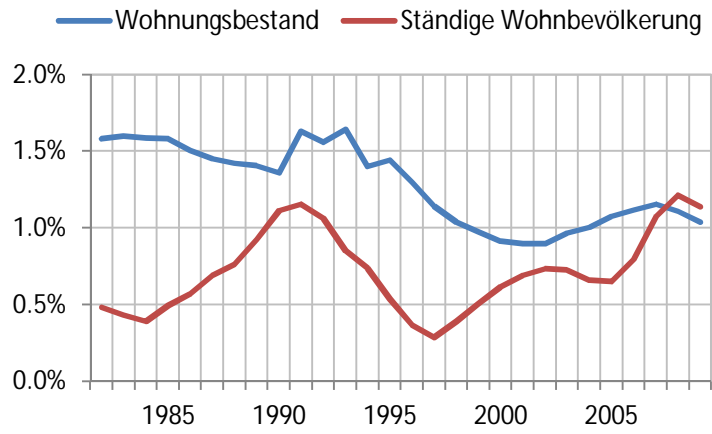
Beschäftigung Gebäudeunterhalt und gesamte Wirtschaft
(1995 = 100)



Verbreiteter Bonus -> stärkere Lohnschere?
(Vergleich der Branchen)



Wachstum Wohnungsbestand und Bevölkerung (Veränderung geg. Vorjahr in %)



Lebensrisiken gemeinschaftlich tragen

von Doris Bianchi, geschäftsführende Sekretärin SGB

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund wird sich auch im 2011 dafür einsetzen, dass die Sozialversicherungen den Erwerbslosen die nötige Stabilität bieten und ihnen ein anständiges Auskommen garantieren. Die Sozialversicherungen werden hierzulande zu Unrecht schlechtgeredet, als Fass ohne Boden abgekanzelt oder als Selbstbedienungsladen dargestellt. Dabei gehören die Sozialversicherungen zu den Stützen unserer Gesellschaft. Sie decken die elementaren Risiken unseres Lebens ab. Diese Risiken können nicht in Eigenregie aufgefangen werden. Die Selbstverantwortung stösst hier an ihre Grenzen. Die Folgen etwa des Todes eines Angehörigen, des Alters oder von Krankheit und Unfall müssen im Kollektiv abgedeckt werden. Die Solidarität erweist sich dabei als wichtiger Grundstein für eine umsichtige Vorsorge.

Das Risiko alt zu werden

Im Alter spitzt sich die soziale Ungleichheit zu. Das Bild der zufriedenen „Golden Boomers“, die das Pensionsalter finanziell sorglos geniessen, mag auf einige ehemals überdurchschnittlich gut verdienende und ausgebildete Personen zutreffen. Das Abbild der Realität ist es aber nicht. Einkommen und Vermögen der Schweizer AHV-RentnerInnen sind ausgesprochen ungleich verteilt. Das Einkommen der obersten 10 Prozent ist fast fünfmal höher als dasjenige der untersten 10 Prozent. Fakt ist auch, dass über 25 Prozent aller über 65-jährigen sehr stark der Armutsgefährdung ausgesetzt sind. Entbehrungen im Alter müssen insbesondere die über 130'000 einstigen „Gastarbeiter“ hinnehmen, die nun im AHV Alter sind. Das verfügbare Renteneinkommen ist häufig sehr gering, der Gesundheitszustand deutlich schlechter und letztlich auch die Lebenserwartung kürzer. Nach einem Leben voller Plackerei, kann nicht einmal der Lebensabend genossen werden.

Wer weiss, was das Leben kostet, weiss auch, dass unsere Renteneinkommen aus erster und zweiter Säule für Normalverdienende viel zu tief sind. Renteneinkommen zwischen knapp 3000 und gut 3500 Franken sind für tiefe und mittlere Einkommen in der Schweiz eine verbreitete Realität. Das reicht nicht für ein anständiges Leben.

Während die Ausgaben im Alter auch wegen der stetigen Zunahme der Gesundheits- und Pflegekosten wachsen, kann die Einnahmenseite dies nicht auffangen. Die Guthaben bei den Pensionskassen haben an Stabilität verloren. Immerhin konnte dank unseres Referendums im letzten Jahr die Senkung des Umwandlungssatzes und so die Abwertung der Renten verhindert werden.

Die berufliche Vorsorge hat sich zu einem komplizierten und intransparenten Versicherungssystem entwickelt. Ein fettes Geschäft für Privatversicherungen und die Experten-Kaste, ein zu mageres Ergebnis für die Versicherten. Dieser Trend ist leider ungebrochen. Die vom Bundesrat vorgeschlagenen Verordnungsanpassungen zur beruflichen Vorsorge im Rahmen der Strukturreform bedeuten einen erneuten Anstieg der Verwaltungskosten und die Schwächung der Sozialpartnerschaft. Die Vorschläge dienen in erster Linie den Revisionsgesellschaften und Pensionskassen-Experten. Diese erhalten zusätzliche Kompetenzen während der paritätisch zusammengesetzte Stiftungsrat langsam aber sicher zum Feigenblatt mutiert. Die Verantwortung für die zweite Säule darf nicht an eine Versicherungskaste delegiert werden, sondern muss in den Händen der Arbeitnehmenden und Arbeitgeber bleiben.

Laut unserer Bundesverfassung muss die Altersvorsorge eine „Fortsetzung der bisherigen Lebenshaltung in angemessener Weise“ ermöglichen. Dies kann nur erreicht werden, wenn künftig nach Einkommen differenzierte Leistungsziele für die Altersvorsorge herangezogen werden. Der SGB hat an seinem letztjährigen Kongress beschlossen, dass für monatliche Einkommen unter 5000 Franken eine Renten-Ersatzquote von 80 Prozent angestrebt werden muss. Während die bisher generell angestrebte Ersatzquote von 60 Prozent aus Sicht des SGB erst für monatliche Einkommen ab 7000 Franken angemessen ist.

Der SGB will die Rentenlücke bei unteren und mittleren Einkommen schliessen. Zu diesem Zweck haben wir an unserem Kongress das Modell „AHVplus“ lanciert. Das erfolgreiche Modell der AHV soll so ergänzt und ausgestaltet werden, dass alle Arbeitnehmerinnen und -nehmer eine verfassungsmässig angemessene Rentenhöhe garantiert bekommen. Das neue Jahr wird der SGB nutzen, um das Modell weiter zu entwickeln. Ziel ist, dass die Frage der Rentenhöhe stärker im politischen Meinungsbildungsprozess verankert wird. Nach dem Scheitern der verfehlten 11. AHV Revision plant der Bundesrat 2012 eine tief greifende Reform der AHV. Für uns ist klar, dass dabei die Rentenhöhe aufs Tapet kommen muss.

Das Risiko zu verunfallen

Wer künftig einen Unfall erleidet, hat doppelt Pech. Pech natürlich, weil ihm ein Schicksalsschlag widerfährt. Pech, weil seine soziale Absicherung arg ins Wanken geraten ist. Die Unfallversicherung – eine solide Sozialversicherung – soll nach dem Willen der Privatversicherer ohne Not demontiert werden. Sie wollen damit Gewinne machen. Die Versicherten haben das Nachsehen: Mehr Kosten für weniger Leistungen.

Dank der tragfähigen Sozialpartnerschaft konnte diese unsägliche Revision des UVG im Nationalrat gebodigt werden. Der Ständerat wird in diesem Jahr entscheiden. Die mutwillige Demontage einer gut funktionierenden Sozialversicherung ist also noch nicht vom Tisch. Unsere Arbeit geht weiter.

Besondere Schwierigkeiten über die Runden zu kommen, werden künftig all jene Verunfallten haben, die unter organisch nicht erklärbaren Schmerzstörungen leiden, etwa SchleudertraumapatientInnen. Seit Inkrafttreten der 5. IV-Revision ist der Rentenanspruch auch bei nachweislicher Arbeitsunfähigkeit gekappt worden. Neu sollen nach dem Willen des Nationalrats auch Renten, die vor dem Jahr 2008 bei solchen Diagnosen gesprochen wurden, aberkannt werden können. Der Gesetzgeber hat mit der IV Revision 6a ein legislatorisches Monster geschaffen. Erstens ist die Rückwirkung problematisch, zweitens ist die Definition des Krankheitsbilds, das zur Renten-Aberkennung führt, sehr unklar. Dabei öffnet sich ein Tor, um Renten à Gusto zu kappen.

Bei der IV segelt der Bundesrat generell auf einem provokativen Konfliktkurs. Die Revision 6b wird, wenn sie gemäss Vernehmlassungsentwurf ins Parlament kommen sollte, das Rentenniveau mit einer absolut willkürlich ausgestalteten neuen Skala grundsätzlich auf den Kopf stellen. Ausgerechnet RentenbezügerInnen die noch teilweise im Arbeitsprozess sind, würden systematisch ihre Teilrenten gekappt. Die Invalidenversicherung droht auf Kosten der Kantone und Gemeinden zu einem Sozialhilfeproduzenten umgebaut zu werden. Entsprechend deutlich ist die Kritik seitens aller Behindertenverbände, der Kantone und der Städte. 2011 ist die entsprechende Botschaft zu erwarten.

Bundesrat Burkhalter ist gut beraten, wenn er seine Abbauturbos im Bundesamt für Sozialversicherungen nochmals über die Bücher gehen lässt und eine mehrheitsfähige und sozialpolitisch tragbare Revision 6b ausarbeiten lässt.

Das Risiko zu erkranken

Wer krank wird, muss in der Schweiz immer stärker in die eigene Tasche greifen. Nebst den hohen Krankenkassen-Prämien ist die Tendenz zu höherem Selbstbehalt unübersehbar. Der Spitalaufenthalt wird für jeden Erwachsenen neu 15 Franken Extra-Selbstbehalt kosten. Pflegebedürftige Patienten und Patientinnen müssen zusätzlich rund 20 Franken selber an die Pflegekosten bezahlen. Zudem hat der Bundesrat ein regelrechtes Streichkonzert bei der Mittel- und Gegenstandeliste des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) veranstaltet. Davon sind nicht nur die Brillengläser betroffen, sondern zum Beispiel auch Materialien der Wundversorgung. Insbesondere die älteren Menschen werden mit beträchtlichen Zusatzausgaben konfrontiert sein. Höhere Selbstbehalte sind auch in den aktuellen Revisionsvorschlägen des KVG zu finden. Für den SGB sind Managed Care-Modelle, welche die Versicherten faktisch nur zu höheren Selbsthalten zwingen, inakzeptabel.

Eine langdauernde Krankheit, die zur Erwerbsunfähigkeit führt, ist ein Spiessrutenlauf mit der IV. Die Wiederentdeckung des altgedienten Grundsatzes „Eingliederung vor Rente“ gehört zur Symbolpolitik. Denn vielerorts steigt die Arbeitsbelastung in gesundheitsgefährdende Höhen: Die ständige Einsatzbereitschaft, Personalmangel und Kostendruck verlangen nach fitten „Overperformern“ am Arbeitsplatz. Kein Wunder, dass die Arbeitswelt kaum Platz für gesundheitlich angeschlagene Arbeitnehmerinnen und -nehmer lässt. Wie ein Hohn erscheint daher die Absicht des Nationalrats im Rahmen der IV Revision auf Goodwill-Basis für über 17'000 IV-RentnerInnen dauerhafte Arbeitsplätze zu schaffen. Für den SGB braucht es griffige Instrumente wie Beschäftigungsquoten. Unternehmen, die an die Gesundheit ihrer Mitarbeitenden höchste Anforderungen stellen, können sich ihrer Verantwortung nicht entziehen und müssen auch für Leistungsschwächere sorgen.

Analog zum Ausländerrecht jagt sich auch in der Invalidenversicherung eine Revision nach der anderen. Bevor die bereits einschneidende 5. IV Revision zum Tragen gekommen ist, liegen mit den Revisionen 6a und 6b zwei Sparvorlagen auf dem Buckel der Behinderten vor. Vor allem das 2. Massnahmenpaket (IV Revision 6b) ist eine Revision mit der Abbruchbirne. Denn das vorgeschlagene neue Rentensystem will die ohnehin schon kleinen IV Renten drastisch senken.

Der Aktionismus bei der Invalidenversicherung ist verfehlt. Die Neurenten sind merklich gesunken – was letztlich zu vielen menschlichen Härtefällen geführt hat – und die Entschuldung ist aufgrund der Erhöhung der Mehrwertsteuer aufgegleist.

Letztlich bedient der Aktionismus bei der IV das neue Feindbild „Scheininvaliden“ und lässt die rechtsbürgerlichen Kräfte daraus Kapital schlagen. Damit werden die wahren Herausforderungen bei der IV ausgeblendet: Gute Arbeitsbedingungen zu schaffen, damit Arbeitnehmende nicht krank werden oder bei gesundheitlichen Problemen ihre Arbeit behalten können.

